

## Südkorea

### „Wir sind der Kanzlerin sehr dankbar“

**Chung Eui Yong**, Chefsicherheitsberater von Südkoreas Präsident Moon Jae In, über die Gefahr eines neuen Koreakriegs und das Vermittlungsangebot Merkels

**SPIEGEL:** Wie ist die Situation auf der koreanischen Halbinsel?

**Chung:** Sehr ernst. Wir sind sehr besorgt über die wachsenden Spannungen. Wir verfügen über keine Kommunikationskanäle mit dem Norden. Falls es zu Missverständnissen auf der unteren Ebene des Militärs kommt, könnte die Lage plötzlich eskalieren. Die Serie von Raketenstarts und der jüngste Nukleartest haben bestätigt, dass der Norden technologische Fortschritte macht. Südkorea, die USA und Japan sorgen sich über die Möglichkeit eines zweiten Koreakriegs. Präsident Moon Jae In will verhindern, dass es dazu kommt.

**SPIEGEL:** Sind Sie enttäuscht, dass die jüngsten Uno-Sanktionen gegen den Norden stark abgeschwächt wurden?

**Chung:** Härtere Sanktionen wären natürlich besser gewesen. Aber für uns ist wichtig, dass die Uno-Resolution einstimmig angenommen wurde. Nun kommt es allerdings darauf an, dass sie auch praktisch umgesetzt wird.

**SPIEGEL:** Präsident Moon kam mit dem Versprechen ins Amt, die Versöhnung mit dem Norden voranzutreiben. Ist diese Politik gescheitert?

**Chung:** Nein, aber unser Ziel ist es, die koreanische Halbinsel von Nuklearwaffen zu befreien und Frieden in der Region zu schaffen. Der Norden hat schlimme Provokationen begangen. Deshalb müssen wir unmissverständlich klarmachen, dass wir dem Norden, falls er nicht den richtigen Weg einschlägt, nicht mehr helfen können, sich aus der selbst verschuldeten Isolation zu befreien.

**SPIEGEL:** Bundeskanzlerin Angela Merkel hat angeboten, in der Koreakrise zu vermitteln. Könnte das nützlich sein?

**Chung:** Wir sind Kanzlerin Merkel sehr dankbar, dass sie uns helfen will. Wir heißen ihr Angebot willkommen. Die Koreakrise ist eine Gelegenheit von globaler Bedeutung. Deutschland hat bereits bei den Gesprächen über das Atomabkommen mit Iran eine positive Rolle gespielt.

**SPIEGEL:** Könnte dieses Abkommen ein Modell sein?

**Chung:** Die beiden Fälle lassen sich nicht einfach vergleichen. Aber wir könnten aus den Erfahrungen lernen, die bei den Verhandlungen mit Iran gemacht wurden.

**SPIEGEL:** Wie zuversichtlich sind Sie, dass es zu Verhandlungen kommt?

**Chung:** Wenn Nordkorea nicht aufhört, nukleare Waffen zu testen und Raketen abzufeuern, glaube ich nicht, dass wir mit Verhandlungen beginnen können. ww

## USA

### Hätte, hätte

Was haben wir falsch gemacht? Das ist eine der wichtigsten und unwichtigsten Fragen der Politik. Wichtig, weil man aus Fehlern lernen sollte. Unwichtig, denn: Verloren ist

eben verloren. „What Happened“ hat Hillary Clinton ihr heiß erwartetes Buch über den verlorenen Präsidentschaftswahlkampf gegen Donald Trump genannt. Und auch wenn es eigentlich erzählt, was in diesen verrückten anderthalb Jahre aus

Sicht von Clinton passiert ist – in Wirklichkeit ist es natürlich ein therapeutisches Werk, das die Fehler und Probleme katalogisiert, die einzeln vermeidbar gewesen wären und zusammen dazu führten, dass Trump US-Präsident wurde und Clinton nicht. Die E-Mail-Affäre, die unterschätzt wurde. Die mangelnde Aufmerksamkeit, die sie den Arbeitern widmete, deren Stimmen die Wahl in einigen Staaten entschieden. Der Einfluss, den die Russen nahmen. Der Kampf mit Bernie Sanders. Clinton ist selbstkritisch, zerknirscht und kämpferisch, wenn sie davon erzählt. Sie will die Niederlage verstehen, um sie hinter sich zu lassen. Die entscheidende Einsicht versteckt sich allerdings in einem Nebensatz. „Wir mussten die Clinton-Müdigkeit bedenken“, räumt sie ein. Nicht gemocht zu werden – das war leider kein Fehler, der sich hätte vermeiden lassen. rap



Clinton bei Buchvorstellung in New York

SETH WENIG / DPA



## Fußnote

# 883

Flüchtlinge sind laut der italienischen Polizei zwischen Januar und August per Jacht aus der Türkei in Sizilien eingetroffen. Es sei ein ungewöhnlicher Fluchtweg, der vor allem von wohlhabenden Familien aus Syrien und Afghanistan genutzt werde, die bis zu 100 000 Euro für die komfortable Überfahrt zahlten, so ein Polizeisprecher. Einige der Jachten seien Motorboote, die jede Verfolgungsjagd gewinnen können.



## Mit letzter Kraft

Diese Frau aus Burma hat es auf einem Boot über die Meerenge nach Bangladesch geschafft. Sie gehört den muslimischen Rohingya an, die in ihrer mehrheitlich buddhistischen Heimat als illegale Einwanderer verfolgt werden. Gut ein Drittel von ihnen ist in den vergangenen drei Wochen vor einer weltweit kritisierten „Anti-Terror-Operation“ des Militärs ins Nachbarland geflohen: bis zu 400 000 Menschen. Viele von ihnen treffen entkräftet und unterernährt ein.

DANISH SIDDIQUI / REUTERS

Analyse

# Polnische Wutbürger

*Warum der aggressive Kurs der Regierung im Inland beklatscht wird*

Es gibt ein neues politisches Subjekt in Europa: den Wutbürger. Er hasst die meisten Parteien und misstraut den Medien, er fühlt sich betrogen, und er will keine Muslime im Land. In Frankreich wählt er den Front National, in Deutschland die AfD, in Polen ist er an der Macht. Mit der EU, ihrem wichtigsten Partner, hat sich die rechtsnationalistische Regierung zerstritten. Jetzt geht es wieder gegen die deutschen Nachbarn.

Bis zu eine Billion Dollar an Kriegsschadigungen könnte Warschau demnächst von Deutschland fordern. Eine juristisch aussichtslose Forderung, doch darum geht es nicht. Jaroslaw Kaczyński, Chef der Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), weiß, was er tut. Die Vorstöße der Regierung folgen einer eigenen, scharfen Rationalität. Immer wieder inszeniert sie den Kampf der einfachen Leute gegen betrügerische Eliten und stärkt so den Zusammenhalt ihrer Anhänger. Im Fall der Reparationen geht es gegen die Deutschen, die

aus polnischer Sicht eine Art europäische Oberschicht sind. Die nächste PiS-Kampagne zeichnet sich schon ab.

Da wird es um die sogenannte Repolonisierung polnischer Medien gehen. Die PiS bereitet ein Gesetz vor, das ausländischen Konzernen, wie etwa dem Ringier-Axel-Springer-Verlag, verbieten soll, mehr als 20 Prozent Anteil an Zeitungen oder Sendern zu besitzen. Derzeit halten sie rund 70 Prozent. Die Botschaft an Kaczyńskis Wutbürger-Anhänger: Wir zeigen diesen aus dem Ausland bezahlten Journalisten mal, wie der Pole wirklich denkt. Außerdem schützen wir unser Land und schrauben die Globalisierung ein Stück zurück.

PiS-Politik ist vor allem die Reproduktion von Feindbildern. Das Versprechen lautet: Wir verstehen eure Wut, wir schützen euch, ihr müsst euch nicht ändern. Im Augenblick liegt die PiS damit in den Umfragen 17 Prozentpunkte vor der stärksten Oppositionspartei.

Jan Puhl